

Bundesweites Fracking-Moratorium jetzt!

Für Transparenz, Beteiligung und Umweltschutz

Gegen Gewinne auf Kosten der Umwelt

Fracking oder Hydraulic Fracturing ist eine Technologie, die bei der Förderung von sogenanntem unkonventionellen Erdgasvorkommen eingesetzt wird. Diese Methode ist sehr aufwendig und höchst riskant, weil das Erdgas im Gestein eingeschlossen ist und mit einem Gemisch aus Wasser, Sand und teilweise giftigen Chemikalien wie etwa Benzol aus dem Untergrund gesprengt werden muss.

Die negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt reichen von der unmittelbaren Bedrohung des Trink- und Grundwassers sowie der Oberflächengewässer bis hin zur Frage wie die giftigen Abwässer und Bohrschlämme (Stichwort: **Lagerstättenwasser**) entsorgt werden. Außerdem bestehen Hinweise auf erhöhte Erdbebengefahr in den Bohrgebieten.

Das Bundesberggesetz, nach dem die Bohrungen genehmigt werden müssen, atmet den Geist der Kaiserzeit und räumt der Gewinnung von Rohstoffen nahezu bedingungslose Prioritäten ein – ohne Rücksicht auf Anwohner und Umwelt. Dieses antiquierte Recht muss dringend überarbeitet werden, damit Transparenz, Bürgerbeteiligung und Umweltschutz gewährleistet sind.

Wir Grüne fordern eine Reform des Bergrechts auf Bundesebene, das

- Rohstoffgewinnung und -abbau in einem Antragsverfahren regelt, in dem eine umfassende **Umweltverträglichkeitsprüfung** vorgeschrieben ist;
- eine **Planfeststellung** unter Beteiligung der betroffenen Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger vorsieht;
- die überkommene **Trennung von Grund- und Bergeigentum abschafft**;
- den **Schutz von Mensch und Umwelt** über die Förderinteressen und -gewinne privater Bergbauunternehmen stellt;
- die **Unternehmen in Verantwortung für die Folgekosten** der Förderung nimmt.

Erdgasförderung auf Kosten von Mensch und Natur ist nicht akzeptabel!

mehr Infos unter

www.nicolemaisich.de/wasser/fracking
www.gruene-bundestag.de



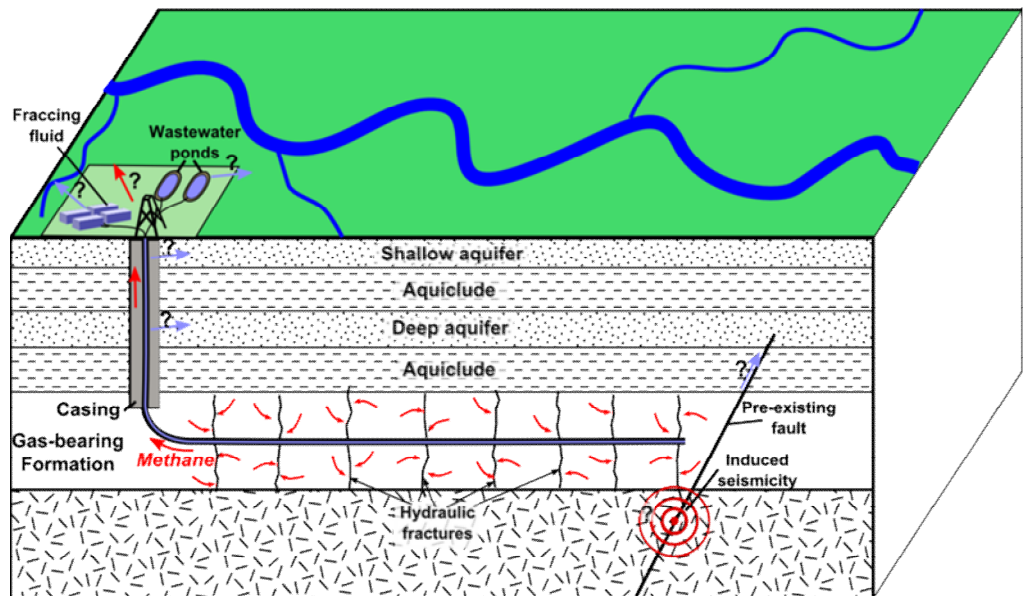
Fracking auch in Hessen -> NEIN DANKE!!!

Die hiesige Tochtergesellschaft des internationalen tätigen Energiekonzerns BNK Petroleum Inc. - die BNK Deutschland GmbH - möchte nun auch in Hessen mit der Fracking-Methode nach Erdgas bohren. Ein entsprechender Antrag auf Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen wurde bereits beim zuständigen Bergamt des Regierungspräsidiums Darmstadt gestellt.

Das betroffene Gebiet, das als Adler-South bezeichnet wird, erstreckt sich über **alle nordhessischen Landkreise** (Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder, Kassel-Land, Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg) sowie über die Stadt Kassel und den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Auf diesem Gebiet befinden sich zahlreiche **Trinkwassergewinnungsgebiete** und sogar **Heilquellen**, die durch wassergefährdende, toxische oder sogar krebserregende Stoffe im Fracking-Prozess geschädigt werden könnten. Deshalb wenden sich insbesondere Wasserversorger und Kommunen bundesweit immer wieder gegen diese Art der Gasförderung.

Aufgrund des veralteten Rechtsrahmens hat die Bergbaubehörde kaum Handhabe, Bohranträge abzulehnen. Auch in Hessen wurden die betroffenen Kommunen und Landkreise viel zu spät informiert und hatten zu wenig Zeit, Stellung zu nehmen. Die Einwendungen von betroffenen BürgerInnen und Umweltverbänden sind rechtlich nicht wirksam, weil es kein Verfahren gibt, das die Eingaben berücksichtigt. **Transparenz und Bürgerbeteiligung sieht anders aus!**

Die Information der BürgerInnen ist dringend zu verbessern. In Nordrhein-Westfalen hat der grüne Umweltminister Johannes Remmel die Bohrungen vorerst gestoppt. Daran sollte sich die hessische Landesregierung ein Beispiel nehmen und die riskante Gewinnung von Rohstoffen auf Kosten von Umwelt und Gesundheit unterbinden!



Deshalb fordern wir ein **bundesweites Fracking-Moratorium für Transparenz, Beteiligung und Umweltschutz.**

mehr Infos unter

www.nicolemaisich.de/wasser/fracking
www.gruene-bundestag.de

